

(Politisches) Handlungsvermögen durch die Popularisierung von Wissen? Politische Frauenzeitschriften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik

Susanne Kinnebrock

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Kinnebrock, Susanne. 2008. "(Politisches) Handlungsvermögen durch die Popularisierung von Wissen? Politische Frauenzeitschriften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik." In *Medien und Kommunikation in der Wissensgesellschaft*, edited by Johannes Raabe, Rudolf Stöber, Anna M. Theis-Berglmair, and Kristina Wied, 141–55. Konstanz: UVK.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright

Dieses Dokument wird unter folgenden Bedingungen zur Verfügung gestellt: / This document is made available under these conditions:

Deutsches Urheberrecht

Weitere Informationen finden Sie unter: / For more information see:

<https://www.uni-augsburg.de/de/organisation/bibliothek/publizieren-zitieren-archivieren/publiz/>



(Politisches) Handlungsvermögen durch die Popularisierung von Wissen? Politische Frauenzeitschriften im Kaiserreich und in der Weimarer Republik¹

1. Theoretischer und historischer Rahmen

Politische Frauenzeitschriften im Deutschen Kaiserreich – gab es das überhaupt? Denn die fundamentalen politischen Rechte: Wahlrecht, Versammlungsfreiheit und Vereinigungsfreiheit blieben Frauen damals weitgehend verwehrt. Ja sogar die Pressefreiheit war mancherorts auf Männer beschränkt. Die Rahmenbedingungen für politische Frauenzeitschriften erscheinen somit zunächst als schwierig, und dennoch bildete sich gerade in dieser Zeit ein neues, beachtliches Segment in der Zeitschriftenlandschaft heraus: politische Frauenzeitschriften. Sie versuchten auf vielfältige Weise, ihre Leserinnen beim Schritt in die öffentliche Sphäre zu unterstützen und mit handlungsrelevantem Wissen zu versorgen. Die Wissensvermittlung war also ein zentrales Anliegen dieser Blätter.

Wissen avancierte bereits im deutschen Kaiserreich zu einer zentralen Handlungsressource wie auch die Wilhelminische Gesellschaft schon Züge einer Wissensgesellschaft aufwies. Vor diesem Hintergrund sollen die Vermittlungsstrategien von politischen Frauenzeitschriften erläutert werden.

1.1 Wissen als medial vermittelte, kulturelle Handlungsressource

Medien und Wissen bedingen sich gegenseitig. Ob und wie Wissen fixiert wird, ist von den jeweilig verfügbaren Medien abhängig (vgl. Hartmann 2002: 1f.). Ebenso haben Medien Einfluss darauf, in welchem Maße und auf welche Weise Wissen zur Rezeption, Weiterverarbeitung und Überführung in soziale Praxen angeboten wird. Dabei liegt eine besondere Leistung der Me-

¹ Korrespondenzanschrift: susanne.kinnebrock@univie.ac.at.

dien darin, nicht nur Informationen in abstrakter Form zur Verfügung zu stellen, sondern mit Hilfe von Vermittlungsstrategien den Transformationsprozess von Information zu Wissen zu unterstützen, so dass schließlich Wissen im Sinne einer „Fähigkeit zum sozialen Handeln“ entsteht (Stehr 1994: 208). Damit wird auf einen Wissensbegriff rekurriert, wie ihn auch Nico Stehr formuliert hat. Wissen ist demnach primär eine kulturelle Handlungsressource, ein „Bündel von sozialen Kompetenzen [...], das seine Träger in entsprechenden Situationen zu ihrem Vorteil mobilisieren können.“ (ebd.: 194).

Nun mag die Voraussetzung, dass Wissen über Medien vermittelt wird, zunächst nahe legen, dass es sich hier um eine weitgehend einseitige Form der Kommunikation handelt. Dies ist aber eine Fehlannahme. Zum einen müssen Handlungsressourcen immer auch aktiviert werden. D.h. der oben zugrunde gelegte Wissensbegriff impliziert letztlich eine aktive Rezipientin oder einen aktiven Rezipienten. Zum anderen sollte die mediale Wissensvermittlung nicht gleichgesetzt werden mit einer Vereinfachung oder gar Trivialisierung von Wissensbeständen durch Eliten für Ungebildete – d.h. letztlich mit einem Transfer von oben nach unten. Vielmehr kommt es bei der Popularisierung von Wissen nicht nur zu einer Verbreitung, sondern gleichzeitig zu einer Transformation und Neukonstitution von Wissen. Carsten Kretschmann geht gar von einer „wechselseitigen Kommunikation zwischen Produzenten und Rezipienten“ (2003: 9) aus, die den Prozess der Wissenspopularisierung präge.

Für die Untersuchung von politischen Frauenzeitschriften stellt sich die Frage, wie sich deren Inhalte an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Wissensbestände bzw. Handlungsressourcen transformierten und ob dieser Prozess der Wissenspopularisierung tatsächlich wechselseitig verlief. Dazu sollen zunächst einmal die historischen Rahmenbedingungen der Wissensgenerierung und -popularisierung betrachtet werden.

1.2. Wissensgesellschaft anno 1900

Medien, die zur Wissensverbreitung und -generierung beitragen, sind ebenso wenig ein Phänomen des späten 20. Jahrhunderts wie Gesellschaften, die ihren Entwicklungsstand an der Verbreitung von Wissen festmachen. Obgleich der Begriff „Wissensgesellschaft“ vermehrt erst in 1960er Jahren auftaucht und mit der Verbreitung der neuen IuK-Technologien seit den 1990er Jahren gerne zur Etikettierung hochentwickelter Gesellschaftsformen herangezogen wird (vgl. Heidenreich 2003), so lassen sich die von Martin Heidenreich (2002) identifizierten vier zentralen Merkmale der Wissensgesellschaft

auch schon in der deutschen Gesellschaft der Wilhelminischen Zeit und Weimarer Republik identifizieren.

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien (z.B. Telegrafie, Telefonie, Rundfunk) kamen im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zunehmend in institutionalisierter Form zum Einsatz, z.B. als Nachrichtenagenturen, im Postbereich oder als Sendeanstalten;

Innovationen, d.h. „Erfindungen“ im Pressebereich (wie beispielsweise die Linotype-Setzmaschine, der Rotationsdruck und verbesserte Verfahren der Bildreproduktion) sorgten für veränderte Produktionsbedingungen und verbesserte Möglichkeiten der Massenproduktion;

der *Stellenwert von Bildung* nahm zu, was sich sowohl am enormen Ausbau des Schul- und Hochschulwesens festmachen lässt (vgl. Wehler 1995: 1193-1232) sowie an den lebhaften Debatten über den Wert von Bildung und Pädagogik (vgl. Nipperdey 1991: 563-568);

und schließlich gewannen *neue wissenschaftliche Tätigkeiten und Wirtschaftsbereiche* an Bedeutung, wobei der Journalistenberuf und der Pressemarkt nur ein Beispiel von vielen sind (vgl. resümierend Nipperdey 1990: 531-601, 797-811; Wilke 2000: 246-302, 326-340, Stöber 2005: 217-223; Wehler 1995: 1232-1243). Mit Blick auf Frauen sei im Bereich wissenschaftlicher Tätigkeiten v.a. das Schulwesen erwähnt. Der Lehrerinnenberuf kann als prototypischer Wissensberuf für Frauen gelten. Da sowohl die Ausbildung zum Lehrerberuf als auch das gesamte Schulwesen im ausgehenden Kaiserreich um- und neustrukturiert wurden, kann gerade in diesem Bereich eine außerordentliche Professionalisierung festgestellt werden (vgl. Nipperdey 1991: 563; Albisetti 1996: 200).

Neben diesen vier Merkmalen einer Wissensgesellschaft nach Heidenreich sei hier auf ein fünftes verwiesen, das auf Nancy Fraser zurückgeht. Fraser bezeichnet die „Politisierung der Kultur“ als ein Grundmerkmal von Wissensgesellschaften, womit gemeint ist, dass bislang wenig anerkannte sozio-kulturelle Gruppen zunehmend öffentlich um Anerkennung ringen (2006: 50f.).

Anerkennungsansprüche sind kein ausschließliches Phänomen der heutigen Zeit. Auch in der Wilhelminischen Zeit und in der Weimarer Republik wurden solche Ansprüche formuliert – und zwar nicht nur mit Bezug auf gesellschaftliche Klassen, sondern ebenso mit Bezug auf das Geschlecht. Das hatte auch ganz praktische Auswirkungen: Die zweite große soziale Bewegung neben der Arbeiterbewegung war an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert die Frauenbewegung. Und dies gilt nicht nur für das wilhelminische Deutschland, sondern auch für die meisten anderen industrialisierten (Wissens-)Gesellschaften dieser Zeit.

1.3. Wissensgesellschaft und soziale Ungleichheit

Ein gravierender Unterschied im Vergleich zu demokratisch verfassten Wissensgesellschaften unserer Zeit sei aber herausgestellt: Der Zugang zu den Wissensressourcen war damals stärker reglementiert, wobei zunächst stratifikatorische Differenzierungen innerhalb der deutschen Gesellschaft Bedeutung hatten. Deutschland war im Kaiserreich eine Klassengesellschaft (vgl. Wehler 1995: 702) und die soziale Herkunft – sei es aus Adel, Geld-, Bildungs- oder Kleinbürgertum, industrieller oder ländlicher Arbeiterschaft, aus bäuerlicher Besitzklasse oder neuem Mittelstand – bestimmte die individuellen Bildungs- und Berufswege im Wesentlichen (vgl. Wehler 1995: 844; Nipperdey 1991: 531, 556).

Dabei waren es zunächst ‚weiche‘ (d.h. kulturelle, in Diskursen ausgehandelte) Grenzen, die den Zugang zu Bildungseinrichtungen und Wissensressourcen erschwerten. Schicklichkeitsgrenzen oder Milieu-Traditionen ließen z.B. die Rezeption bestimmter Lektüre oder den Besuch bestimmter Schulen unschicklich und unangemessen erscheinen. Darüber hinaus sorgten aber auch handfeste Behinderungen (z.B. das obligatorische Schulgeld) für einen weitgehenden Ausschluss niederer Schichten von höherer Schulbildung und damit auch von wissensbasierten Berufen (vgl. Nipperdey 1991: 547-561).

Diese stratifikatorischen Differenzierungen und ihre Auswirkungen betrafen Frauen und Männer zunächst einmal in ähnlicher Weise. Aber für Frauen stellte sich die Situation nochmals anders als für Männer dar. Denn ihnen wurde der Zugang zu Wissensressourcen nicht nur aufgrund ihrer Schicht- bzw. Klassenzugehörigkeit erschwert. Zudem waren Frauen qua Geschlecht von der gymnasialen Bildung, dem Hochschulbesuch und von zahlreichen Berufen ausgeschlossen. Das erste Gymnasium für Mädchen wurde in Deutschland 1893 eröffnet. Ein reguläres Hochschulstudium konnten Frauen hierzulande erst seit 1900 absolvieren, nachdem Baden als erstes Land Frauen die reguläre Immatrikulation ermöglicht hatte (vgl. Frevert 2001: 119f.). Und die Ausübung einer Vielzahl von Berufen blieb Frauen entweder wegen ihrer (zwangsläufig!) defizitären Vorbildung oder auch aufgrund reaktionärer Innungsordnungen und restriktiver Arbeitsgesetze versagt (vgl. Gerhard 1978: 180).

Auch die Möglichkeiten der politischen Partizipation und politischen Weiterbildung waren für Frauen deutlich eingeschränkter als für Männer aus der gleichen Schicht. Dass Frauen erst im Zuge der Revolution 1918/19 das politische Wahlrecht erhielten, dürfte weitgehend bekannt sein. Etwas aus dem Gedächtnis geraten ist aber, dass in weiten Teilen Deutschlands Frauen bis 1908 nicht einmal Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit besaßen. Bis

zur reichsweiten Vereinheitlichung des „Vereinsgesetzes“ 1908 verboten zahlreiche Landesgesetze speziell Frauen die Teilnahme an politischen Versammlungen und die Mitgliedschaft in politischen Vereinigungen, d.h. auch in Parteien. Und nicht einmal die Pressefreiheit galt für beide Geschlechter gleichermaßen. So hatte Sachsen als Reaktion auf die demokratisch gesonnene politische Frauenzeitschrift „Frauen-Zeitung“ 1851 ein Pressegesetz erlassen, das Frauen die Herausgabe und Leitung von Periodika grundsätzlich untersagte und das erst durch das reichsweite Pressegesetz von 1874 obsolet wurde (vgl. Wischermann 1998: 108-112).

Berücksichtigt man diese historischen Umstände, dann tut sich ein Widerspruch auf, dessen Auflösung einer genaueren Betrachtung wert ist: der Widerspruch zwischen dem Faktum, dass die Frauen der Kaiserzeit einerseits massiven, letztlich auf das biologische Geschlecht rückführbaren Restriktionen ausgesetzt waren und somit auch formal von zentralen Wissensressourcen ausgeschlossen wurden. Und andererseits findet in dieser Zeit ein umfassender Wandel der sozialen Lage der Frauen statt, wobei ein zunehmender Zugang zu Wissensressourcen ebenso zu verzeichnen ist wie eine verstärkte politische und gesellschaftliche Partizipation (vgl. Frevert 2001: 63-145).

An dieser Stelle drängt sich die Frage auf, ob nicht vielleicht Medien bei diesem Prozess eine wichtige Rolle spielten. Vielleicht entwickeln ja Massenmedien eine umso größere Bedeutung für die Rezeption von Wissen, seine Weiterverarbeitung und seine Überführung in soziale Praxen, je ausgeprägter der formale Ausschluss von den Ressourcen einer Wissensgesellschaft ist. Zur Stützung dieser These wende ich mich im Folgenden den Inhalten und Vermittlungsstrategien so genannter politischer Frauenzeitschriften zu, die es sich laut Programm zur Aufgabe gemacht hatten, Frauen beim Eintritt in die öffentliche Sphäre und beim Agieren innerhalb der (Wissens-) Gesellschaft zu unterstützen – sei es beim Agieren in Vereinen und sozialen Bewegungen, in Parteien oder im Beruf.

2. Politische Frauenzeitschriften

Politische Frauenzeitschriften stellten im ausgehenden 19. Jahrhundert und in der Weimarer Republik keineswegs nur kuriose Ausnahmeerscheinungen dar. Im Zuge zweier Forschungsprojekte konnten 366 verschiedene Titel für

den Zeitraum von 1871 bis 1933 identifiziert werden.² Bis 1870 waren trotz der 1848er Revolution und zunehmender Erwerbstätigkeit unter Frauen insgesamt nur 19 politische Frauenzeitschriften erschienen.³

Als politische Frauenzeitschriften galten alle Periodika, die mindestens vierteljährlich erschienen, sich gezielt an Frauen richteten und deren redaktionelle Inhalte überwiegend politisch waren, d.h. beim Behandeln des weiblichen Lebenszusammenhangs schwerpunktmäßig Veränderungsmöglichkeiten der sozialen Lebenssituation von Frauen und/oder ihre Partizipation am Gemeinwesen thematisierten. Letztlich wurden so all jene Blätter als politische Frauenzeitschriften erfasst, die Frauen beim Austritt aus der häuslichen Sphäre unterstützten und nachhaltige Veränderungen der sozialen Lebenssituation von Frauen begleiteten. Konkret halfen diese Blätter beim Zurechtfinden in der öffentlichen Sphäre – sei es in der Erwerbswelt (z.B. Berufszeitschriften), bei der Sozialarbeit für das Gemeinwesen (karitative Frauenzeitschriften), aber auch außerhäuslichen Gemeindearbeit (kirchliche Frauenzeitschriften) oder schließlich beim Engagement in Frauenvereinen, politischen Vereinen oder Parteien.⁴

Der Begriff des Politischen ist somit sehr weit gefasst. Doch will man das politische Agieren von Frauen und das Initiieren von Wandelprozessen nachvollziehen, dann hilft ein allzu enger Begriff des Politischen nicht weiter. Die im deutschen Raum immer noch gängigen Politik-Definitionen, die primär vom Staatshandeln ausgehen, lenken den Blick auf Exekutive und Legislative sowie auf das, was Menschen vom Staat zugeteilt bekommen. Da Frau-

2 Es handelt sich hier um zwei Forschungsprojekte, die von der Ludwig-Maximilians-Universität München (2003/04) und von der Universität Erfurt (2005/06) gefördert wurden. Im Rahmen der Projekte wurde der Gesamtbestand an politischen Frauenzeitschriften bis 1945 systematisch erfasst und eine Zeitschriftenbibliographie erstellt. Aufnahme fanden dabei nur eigenständig erscheinende Frauenzeitschriften, keine Beilagen. Ebenso wurden Periodika, die ihren Titel änderten, aber die Jahrgangszählung beibehielten nur als ein Titel gezählt. Bei weniger restriktiver Zählweise hätte sich die Zahl der Titel noch deutlich erhöht.

3 Es muss hier angemerkt werden, dass diese und die folgenden Zahlen nicht als endgültig angesehen werden können, da im Rahmen künftiger historischer Forschungen sicher noch weitere politische Frauenzeitschriften ausfindig gemacht werden können.

4 Frauenzeitschriften hingegen, die sich dem weiblichen Lebenszusammenhang widmeten, ohne auf die Veränderung der Lebenssituation von Frauen zu drängen (z.B. literarische Frauenzeitschriften, Handarbeitszeitschriften, Modezeitschriften, Familienzeitschriften, Hausfrauenzeitschriften, unterhaltende Frauenillustrierte und Special-Interest-Zeitschriften für Frauen) fanden weder Eingang in die Zeitschriftenbibliographie noch in die Untersuchung.

en damals in Exekutive und Legislative nicht vertreten waren, geraten sie allenfalls als (passive) Leistungsempfängerinnen ins Visier. Angelsächsische Definitionen hingegen sehen den Staat primär als Handlungsrahmen und fassen Politik als einen gesellschaftlichen Austauschprozess auf, als einen „stetige[n] Interaktionsprozess [...], in dem Akteure ihre divergierenden Interessen aushandeln.“ (Dörner/Vogt 1994: 165).

Begreift man nun den Prozess des öffentlichen Aushandelns von Lebensverhältnissen zwischen unterschiedlichen Akteuren als einen elementaren Teil von Politik, rückt also die „Politics“-Dimension der Politik in der Vordergrund, dann wird auch die politische Bedeutung einer Vielzahl von Frauenzeitschriften transparent, die im Kaiserreich und in der Weimarer Republik gegründet wurden, um Fraueninteressen zu artikulieren.

2.1. Konturen eines beachtlichen Marktsegments

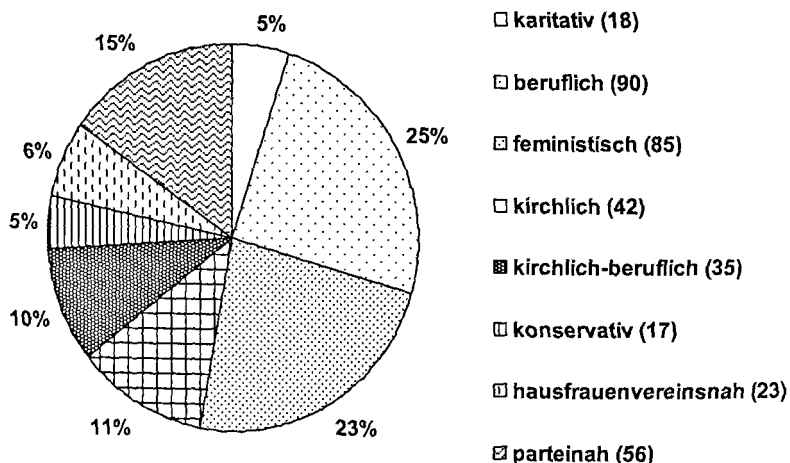
Die anfangs formulierte These, wonach Massenmedien gerade dann, wenn der formale Ausschluss von den Ressourcen einer Wissensgesellschaft besonders eklatant ist, eine umso größere Bedeutung für die Wissensvermittlung entwickeln, lässt sich zunächst einmal quantitativ beantworten – durch die Vielzahl und Vielfalt an politischen Frauenzeitschriften, die in der Kaiserzeit gegründet wurden. Primär anhand der Träger und sekundär anhand der inhaltlichen Ausrichtung lassen sich folgende acht Gruppen von politischen Frauenzeitschriften differenzieren:

Grobklassifikation von politischen Frauenzeitschriften nach Trägern und Inhalten

- Frauenzeitschriften der Frauenbewegung und ihrer Organisationen, Frauenzeitschriften mit frauenemanzipatorischen Zielen („feministische Frauenzeitschriften“)
- Frauenzeitschriften, die politisch konservativen, z.T. ‚antifeministischen‘ Frauenorganisationen der politisch konservativen (Männer-)Vereine nahe standen, aber nicht explizit eine bestimmte politische Partei unterstützten bzw. von einer Partei getragen wurden („konservative Frauenzeitschriften“)
- Frauenzeitschriften der Hausfrauenverbände (d.h. „Hausfrauen-Vereinszeitschriften“)
- Frauenzeitschriften von Berufsorganisationen und Gewerkschaften, Frauenzeitschriften, die sich vorrangig Erwerbsfragen widmeten („Berufszeitschriften“)
- Frauenzeitschriften von sozialen Hilfseinrichtungen und -organisationen („karitative Frauenzeitschriften“)

- Frauenzeitschriften für Sozialarbeit innerhalb der Kirchen bzw. Blätter von kirchlichen Frauenvereinen („kirchliche Zeitschriften“)
- Frauenberufszeitschriften der Kirchen („kirchliche Berufszeitschriften“)
- Frauenzeitschriften der politischen Parteien und solche Frauenzeitschriften, die zu tagespolitischen Fragen regelmäßig Stellung bezogen, auch wenn keine formale Bindung an eine politische Partei bestand („parteinahe Frauenzeitschriften“)

Abbildung 1: Politische Frauenzeitschriften 1871-1933



klassifiziert nach Trägern, n=366

Auffällig ist, dass der Großteil der politischen Frauenzeitschriften nicht von politischen Parteien ausging bzw. ihnen nahe stand. Parteinahe Frauenzeitschriften machten im Untersuchungszeitraum nur knapp ein Sechstel der als politisch identifizierten Blätter aus. Die meisten Titel sind vielmehr den Berufszeitschriften zuzuordnen, also solchen Blättern, deren politisches Potenzial darin lag, Frauen im außerhäuslichen Erwerbsleben mit Informationen und Ratschlägen zur Seite zu stehen. Immerhin gut ein Drittel aller Blätter waren Berufszeitschriften, wenn man zu den 90 kirchlich ungebundenen Titeln noch die 35 Berufszeitschriften der Kirchen hinzuzählt.

Bemerkenswert ist zudem die große Zahl kirchlich gebundener Titel. Immerhin wurde ein Fünftel aller politischen Frauenzeitschriften von den Kir-

chen getragen. 35 kirchliche Berufszeitschriften und zusätzlich 39 Zeitschriften, die die Sozialarbeit von Frauen in den Gemeinden begleiteten, konnten ausgemacht werden. Dabei soll nochmals herausgestellt werden, dass kirchliche Unterhaltungszeitschriften hier nicht berücksichtigt wurden, da sie ja ihren Schwerpunkt nicht bei Veränderungsmöglichkeiten der Lebenssituation von Frauen und deren Teilnahme am öffentlichen Leben setzten. Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Kirchen auf Modernisierungsprozesse und den damit verbundenen Wandel der Frauensituation durchaus (publizistisch) reagierten.

Einen vergleichsweise geringen Anteil machten karitative Frauenzeitschriften (fünf Prozent), die Zeitschriften der Hausfrauenverbände (sechs Prozent) und die Zeitschriften konservativer (Frauen-)Vereine (fünf Prozent) aus. Dabei entstanden die konservativen Frauenzeitschriften in gewisser Weise als (Gegen-)Reaktion auf die zweitgrößte Gruppe an Blättern, die so genannten feministischen Frauenzeitschriften, denen knapp ein Viertel aller politischen Frauenzeitschriften zuzuordnen ist.

Der sehr weite Begriff des Politischen, der dieser Untersuchung zugrunde liegt ist durchaus ambivalent. Einerseits öffnet er den Blick für verschiedenste Formen gesellschaftlicher Aktivitäten und politischer Partizipation trotz gravierender geschlechtsspezifischer Restriktionen. Andererseits wurden äußerst heterogene Blätter erfasst, deren Inhalte wenig Gemeinsamkeiten (und damit auch Ansatzpunkte für Vergleiche) aufwiesen. Beispielsweise ignorierten die meisten Berufszeitschriften für Frauen (darunter auch der Prototyp „Die Lehrerin“) das allgemeine politische Geschehen weitgehend (z.B. Reichstagswahlen oder Regierungsbildungen), während sie politische Randthemen mit Relevanz für die Leserschaft (z.B. arbeitsrechtliche Verordnungen etc.) en detail erläuterten und kommentierten. Damit stellten sie natürlich berufsrelevantes Wissen zur Verfügung, aber das Verhältnis der Frau zum Gemeinwesen wurde nur am Rande thematisiert.

2.2. Vermittlungsstrategien

Da ein ähnlicher Themenhintergrund aber Voraussetzung für eine vergleichende Untersuchung von Vermittlungsstrategien ist, stehen im Weiteren solche Blätter im Mittelpunkt, die Fragen der politischen Partizipation und des tagesaktuellen politischen Geschehens regelmäßig thematisierten. Dies waren v.a. feministische und parteinahe Frauenzeitschriften, wobei hier zwei

feministische und zwei parteinahe Zeitschriften mit überdurchschnittlich großer öffentlicher Resonanz untersucht wurden.⁵

Untersuchungsmaterial

Als typisches feministisches Blatt wurde „Die Frauenbewegung“ (1895-1919) ausgewertet. Sie dokumentierte und kommentierte zweimal monatlich auf mindestens acht Seiten das aktuelle politische Geschehen und die neuesten Entwicklungen innerhalb der Frauenbewegung. Mit einer Auflage von bis zu 12.000 Exemplaren war „Die Frauenbewegung“ eine kleine Zeitschrift im Vergleich zur anfangs parteinahen und schließlich von der SPD getragenen Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“ (1891/92-1923). Das Parteiblatt brachte es zeitweise auf eine Auflage von 114.000 Stück und avancierte zur zentralen SPD-Parteizeitschrift für Frauen (vgl. Gerhard/Wischermann 1988).

„Die Frau“ (1893-1944) zählt zu den feministischen Frauenzeitschriften. Sie war eine gesellschafts- und emanzipationstheoretische Zeitschrift bürgerlicher Provenienz, die die Hintergründe von Frauenfrage, Liberalismus und Kulturentwicklungen langatmig aufarbeitete. Das Blatt umfasste i.d.R. 32 bis 40 Seiten, erschien monatlich und erreichte wohl zeitweise eine Auflage von 8.000 Exemplaren (vgl. Seeger 1953: 89).

Die „Frauenwelt“ schließlich war eine 1924 von der SPD gegründete Politillustrierte, die auf 12 bis 20 Seiten alle formalen Merkmale einer Illustrierten aufwies. Themenschwerpunkte waren die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft, Gesundheits- und Erziehungsfragen, Fragen der Geburtenregelung und schließlich SPD-Aktivitäten. Im Laufe der Zeit wandte sich die „Frauenwelt“ zunehmend solchen Themen zu, die Frauen klassischerweise zugeschrieben werden – u.a. Haushalts-, Mode- und Erziehungsfragen (vgl. Wilhelms 1994: 58f.).

Diese vier Blätter wurden komplett durchgesehen und zu einschneidenden politischen Ereignissen einer historischen Analyse der Berichterstattung unterzogen. Dabei kristallisierten sich die Schutzzollpolitik 1898, die Kommunalwahl in Preußen 1906, die Gewährung von Versammlungs- und Vereinsfreiheit 1908 und die Wahlen zur Nationalversammlung 1919 als zentrale und gut vergleichbare Ereignisse heraus. Untersucht wurde die eingesetzten Vermittlungsstrategien, wobei zunächst solche Popularisierungsformen berücksichtigt wurden, die u.a. in der Boulevardisierungsforschung gängig sind: v.a. Visualisierung, Narrativierung, Personalisierung und Alltagsorientierung

5 Die vergleichsweise große Resonanz, die diese Blätter v.a. in der Tagespresse auslösten, konnte durch die systematische Auswertung von verschiedenen Presse-Clippings-Sammlungen erhoben werden (vgl. Kinnebrock 2005: 71f.).

(vgl. Dulinski 2003: 233-281). Darüber hinaus wurden aus dem Untersuchungsmaterial heraus Vermittlungsstrategien extrahiert, die für damalige Frauenzeitschriften, nicht aber für zeitgenössische politische Zeitschriften typisch waren.

Ergebnisse: boulevardeske Popularisierungsstrategien

Der *Visualisierungsschub* der 1920er Jahre erfasste zum Teil auch die politischen Frauenzeitschriften. Dies wird v.a. in den Politillustrierten für Frauen ersichtlich. Analysiert man allerdings, zu welchen Zwecken Layout, Illustrationen und Fotos in politischen Frauenzeitschriften eingesetzt wurden, fällt auf, dass die visuellen Elemente eher Dekorationsfunktion hatten und kaum gezielt Inhalte vermittelten.

Auch wurden politische Sachverhalte nicht in *narrativierter Form* präsentiert. Der Einsatz von Erzählformen blieb dem Feuilletonenteil vorbehalten, wobei fiktive Erzählungen den Schwerpunkt bildeten. Bemerkenswert ist allerdings, dass fast alle politischen Frauenzeitschriften – sogar die hier nicht weiter berücksichtigten Berufszeitschriften – einen Feuilletonenteil enthielten.

Personalisierung lässt sich insofern nachweisen, als Porträts eine gern eingesetzte Darstellungsform waren. Ebenso lassen sich – zumindest in der Politillustrierten „Frauenwelt“ – zahlreiche *Alltagsthemen* finden. Auffallend ist jedoch, dass diese boulevardesken Popularisierungsstrategien sich kaum auf politische Inhalte bezogen, sondern allenfalls eine Art Mehrwert – v.a. im Feuilletonenteil – darstellten.

Ergebnisse: „aufklärerische“ Popularisierungsstrategien

Hinsichtlich des Alltagsbezuges ist zu differenzieren zwischen dem Alltag als Thema und dem Herstellen von *Bezügen zwischen Alltag und politischem Geschehen*. Letzteres war ein gängiges Stilmittel der politischen Frauenzeitschriften vor rund 100 Jahren. Die Blätter bemühten sich, stets die Implikationen des politischen Geschehens für den Alltag von Frauen herauszuarbeiten. Beispielsweise versuchte „Die Gleichheit“ (vom 8. Juni 1898), den Arbeiterinnen die Wichtigkeit der vermeintlich abstrakten Schutzzollpolitik gegen ausländische Getreideimporte zu vermitteln, indem sie die Folgen dieser politischen Entscheidung in konkrete Brotpreiserhöhungen umrechnete. Es handelt sich hierbei keineswegs um ein Einzelbeispiel, sondern um eine oft und auch in anderen Blättern eingesetzte Vermittlungsstrategie, die die Leserinnen aufrütteln sollte, z.T. sogar zum Protest aktivieren sollte.

Auch finden sich in den Blättern regelrechte Anleitungen zum Protest, die ich hier *praktische Handreichen* nennen will. Beispielsweise druckte „Die Frauenbewegung“ öfters vorgefertigte juristische Argumentationen ab, mit deren

Hilfe Frauen ihre Interessen öffentlich artikulieren sollten. 1906 startete „Die Frauenbewegung“ im Vorfeld der preußischen Kommunalwahlen eine Kampagne, in der sie Frauen aufrief, Unklarheiten des preußischen Kommunalwahlrechtes hinsichtlich des Ausschlusses von Frauen auszunutzen und sich als Wählerinnen registrieren zu lassen. Wie man auf den Ämtern zu argumentieren habe, das war in der „Frauenbewegung“ vom 1. Juli genau festgehalten. Und diese Handreichen zielten gleichermaßen auf eine politische Aktivierung wie auch auf die Förderung des politischen Handlungsvermögens von Frauen.

Eine weitere Besonderheit politischer Frauenzeitschriften sind Hilfestellungen zur *kognitiven Wissensbildung*. Das sind zunächst einmal ganz einfache Erläuterungen fremdsprachiger Fachtermini, die z.B. von der „Gleichheit“ in Klammern hinter das Fremdwort gesetzt wurden. Oder auch Lektüreratschläge, wobei v.a. die Frage „Welche Literatur fördert das grundsätzliche politische Verständnis?“ im Vordergrund stand. Die Antwort der linksliberal orientierten „Frauenbewegung“ (vom 1. August 1903) war diesbezüglich eindeutig: der Wochenrückblick der „Frankfurter Zeitung“ wurde als Einsteige- und Vorbereitungsliteratur empfohlen für die tägliche Lektüre des „Frankfurter Zeitung“. Regelmäßige Zeitungslektüre galt als wichtigstes Rüstzeug für die öffentliche Artikulation von Interessen und die Mitgestaltung des politischen Diskurses.

Schließlich ist das Versorgen mit Hintergrundinformationen eine wichtige Leistung, die diese Blätter erbrachten. Beispielsweise reagierte das emanzipationstheoretische Blatt *Die Frau* auf die Entscheidung von 1908, den Frauen das volle Vereinsrecht und damit auch den Parteieintritt zu gewähren, mit einem dreiteiligen Hintergrundartikel über die Geschichte der Parteien, der sich über drei Ausgaben, d.h. von Mai bis Juli, erstreckte und insgesamt rund 50 Seiten umfasste.

Eine weitere Vermittlungsstrategie ist die *Akzentuierung dialogischer Elemente*. Ebenfalls zur Verleihung des vollständigen Vereinrechtes brachte „Die Frauenbewegung“ (vom 1. und 15. Mail sowie 1. Juni) eine umfangreiche Debatte von Leserbriefen, Stellungnahmen der Redaktion und Repliken von Politikern, in denen die Ernsthaftigkeit der Parteien, Frauen aufzunehmen und ihre Belange tatsächlich zu berücksichtigen, kontrovers debattiert wurde.

Die dialogische Struktur und damit verbunden unprofessionelle, zuweilen sogar unbeholfene Zuschriften können als Spezifikum der frühen feministischen Frauenzeitschriften angesehen werden. Sie verweisen darauf, dass diese Blätter als Bindeglied zwischen privater und öffentlicher Sphäre fungierten. Und die im Privaten oder in der direkten Auseinandersetzung üblichen

Kommunikationsmodi – wie z.B. die Verbindung von sachlicher und persönlicher Ebene – wurden auch in den politischen Frauenzeitschriften gepflegt.

Später wiederum, in der Weimarer Zeit, als die SPD-Illustrierte „Frauenwelt“ auf dem Markt war, erschienen deutlich professionellere Leserbriefe. Doch dürften sie zu einem großen Teil fingiert gewesen sein. So wurde beispielsweise der Konkurrenzkampf zwischen der Politillustrierten „Der Weg der Frau“ aus dem kommunistischen Münzenberg-Konzern und der SPD-eigenen „Frauenwelt“ zum Teil über Leserbriefe ausgetragen. Diese Briefe, die stets das Trägermedium überschwänglich lobten und seine Vorzüge im Vergleich zum Konkurrenzmedium herausstellten, stellen ein Novum dar. Da sie aber inhaltlich eher die Abgrenzungskämpfe zwischen SPD und KPD widerspiegeln als (kommunikative) Bedürfnisse von Leserinnen, dürften diese Leserbriefe eher als ein Instrument des Zeitschriften- und Parteimarketings denn als Kommunikation unter und mit Leserinnen einzuordnen sein. Gezielte Persuasion *von oben* scheint hier die Kommunikation *von unten* ersetzt zu haben.

3. Resümee

Anfangs wurde mit Rekurs auf Kretschmann (2003: 9) ausgeführt, dass die mediale Popularisierung von Wissen als wechselseitiger Prozess zwischen Produzenten- und Rezipientenseite aufzufassen ist. Die dialogische Struktur in frühen politischen Frauenzeitschriften bestätigt dies. Man hatte als Leserin die Chance, selbst zur Kommunikatorin zu werden. Und auch wenn die ersten Schreibversuche heute vielleicht unprofessionell wirken, so liegt genau hier die besondere Bedeutung, die diese Blätter entwickelten: Sie dienten der kollektiven Wissenserarbeitung und dem Einstieg in die öffentliche Sphäre, zu der Frauen bis dahin wenig Zugang hatten.

In den frühen politischen Frauenzeitschriften der Kaiserzeit dominierten „aufklärerische“, d.h. handlungsorientierte, kognitive und kommunikative Formen der Wissensvermittlung, keine boulevardesken Popularisierungstechniken. Aus der Analyse von Leserinnen-Zuschriften und Egodokumenten aus der Frauenbewegung lässt sich schließen, dass es gerade die „aufklärerischen“ Formen der Wissensvermittlung waren, die die Rezipientinnen schätzten. Die Bereitstellung relevanter Zusatzinformationen für politisch interessierte und aktive Frauen, die Kommentierung des politischen Geschehens aus Frauenperspektive und die dialogische Wissensgenerierung waren zentrale Leistungen der politischen Frauenzeitschriften. Dorothee von Vel-

sen (1956: 109), eine bürgerliche Frauenrechtlerin und liberale Politikerin, hat die Bedeutung der Zeitschrift „Die Frau“ einmal so zusammengefasst:

„Was die Monatsschrift ‚Die Frau‘ für uns bedeutete, kann die heutige Generation kaum ermessen. Es war ein Kampfblatt, und wir standen im Kampf. Es gab kein Gebiet des Frauenlebens, zu dem nicht Stellung bezogen wurde. [...] sich dort veröffentlicht zu sehen, bedeutete eine Anerkennung, die uns stolz machte. Jeden Monatsersten schauten wir nach der Nummer aus, verschlangen sie vom ersten bis zum letzten Buchstaben und stürzten davon, sie mit gleichgestimmten Seelen zu erörtern.“

Literatur

- Albisetti, J. C. (1996): Professionalisierung von Frauen im Lehrberuf. In: Kleinau, E./Opitz, C. (Hg.): Geschichte der Mädchen- und Frauenbildung. Band 2: Vom Vormärz bis zur Gegenwart. Frankfurt/New York, 189-200.
- Dörner, A. /Vogt, L. (1994): Literatursoziologie: Literatur, Gesellschaft, Politische Kultur. Opladen.
- Die Frau. Monatsschrift für das gesamte Frauenleben unserer Zeit [Berlin]. 1.-51. Jg. (1893-1943).
- Die Frauenbewegung. Revue für die Interessen der Frau [Berlin]. 1-25. Jg. (1895-1919).
- Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen [Stuttgart]. 1.-33. Jg. (1891-1923).
- Dulinski, U. (2003): Sensationsjournalismus in Deutschland. Konstanz.
- Fraser, N. (2002): Soziale Gerechtigkeit in der Wissensgesellschaft. Umverteilung, Anerkennung und Teilhabe. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hg.): Gut zu Wissen – Links zur Wissensgesellschaft. Münster, 50-66.
- Frauenwelt. Eine Halbmonatsschrift [Stuttgart]. 1.-10. Jg. (1924-1933).
- Frevert, U. (2001): Frauen-Geschichte zwischen bürgerlicher Verbesserung und neuer Weiblichkeit. Nachdruck der 1. Auflage [1986]. Frankfurt a.M.
- Gerhard, U. (1978): Verhältnisse und Verhinderungen. Frauenarbeit. Familie und Rechte der Frauen im 19. Jahrhundert. Frankfurt a.M.
- Gerhard, U./Wischermann, U. (1988): Liberalismus – Sozialismus – Feminismus. Zeitschriften der Frauenbewegung um die Jahrhundertwende. In: Brinker-Gabler, G. (Hg.): Deutsche Literatur von Frauen. Zweiter Band. 19. und 20. Jahrhundert. München, 268-284.
- Hartmann, F. (2002): Wissensgesellschaft und Medien des Wissens. In: SWS-Rundschau. 42. Jg., Nr. 3, 1-22.

- Heidenreich, M. (2003): Die Debatte um die Wissensgesellschaft. In: Bönschen, S./Schulz-Schaeffer, I. (Hg.): Wissenschaft in der Wissensgesellschaft. Opladen, 25-51.
- Heidenreich, M. (2002): Merkmale der Wissensgesellschaft. In: Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung u.a. (Hg.): Lernen in der Wissensgesellschaft. Innsbruck u.a., 334-363.
- Kinnebrock, S. (2005): Anita Augspurg (1857-1943). Feministin und Pazifistin zwischen Journalismus und Politik. Eine kommunikationshistorische Biographie. Herbolzheim.
- Kretschmann, C. (2003): Einleitung: Wissenpopularisierung – ein altes, neues Forschungsfeld. In: Kretschmann, C. (Hg.): Wissenpopularisierung. Konzepte der Wissensverbreitung im Wandel. Berlin.
- Nipperdey, T. (1991): Deutsche Geschichte 1866-1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist. München.
- Seeger, J. (1953): Das Wesen der deutschen Frauenzeitschrift unter besonderer Berücksichtigung von „Die Frau“. München: Phil. Diss.
- Stehr, N. (1994): Arbeit, Eigentum und Wissen. Zur Theorie der Wissensgesellschaft. Frankfurt a. M.
- Stöber, R. (2005): Deutsche Pressegeschichte. Konstanz.
- Velsen, Dorothee v. (1956): Im Alter die Fülle. Erinnerungen. Tübingen.
- Wehler, H.-U. (1995): Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Dritter Band: Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849-1914. München.
- Wilhelms, K. (1994): Frauenzeitschriften in der Weimarer Republik. In: Hart und zart. Frauenleben 1920-1970. 2. Auflage. Berlin, 53-60.
- Wilke, J. (2000): Grundzüge der Medien- und Kommunikationsgeschichte. Von den Anfängen bis ins 20. Jahrhundert. Köln/Weimar/Wien.
- Wischermann, U. (1998): Frauenpublizistik und Journalismus. Vom Vormärz bis zur Revolution von 1848. Weinheim.